

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 266 / 2014

Kiel, Mittwoch, 18. Juni 2014

Bildung / Bafög-Übernahme

Anita Klahn: Bei der Inklusion brauchen wir endlich Lösungen!

In ihrer Rede zu TOP 20, 30, 31, 40 und 45 (Entlastung des Landes durch Bafög-Übernahme des Bundes) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Damit der unerwartete – oder wie Sie sagen, der hart verhandelte – Geldsegen wirklich zielführend zum Abbau des strukturellen Defizits führen kann, wäre es nötig gewesen, dass die Bildungsministerin eine Analyse vorlegt, aus der die tatsächlichen Bedarfe hervorgehen, um eine gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.“

Dazu hätte es ehrlicher Weise auch gehört festzustellen, dass an den beruflichen Gymnasien – ohne bauliche Maßnahmen – Kapazitäten für mindestens weitere 2.500 Schüler sind und diese damit ideale Kooperationspartner für Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufen wären. Da das Bildungsministerium aber die Einrichtung neuer Oberstufen nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen will, sorgt die Regierung an dieser Stelle für einen künstlichen Mehrbedarf von Planstellen, der zu Lasten anderer geht. Nachzulesen in den jüngsten Bemerkungen des Landesrechnungshofes.

Auch die vom Fraktionsvorsitzenden Stegner angekündigten 13 Millionen für Schulassistenz entbehren offensichtlich einer konzeptionellen Grundlage. Sie, Herr Dr. Stegner, sagen, dass mit dieser Summe den Kommunen die Kosten für die Schulbegleitung erstattet werden würde. Davon weiß aber die Sozialministerin nichts, denn die wartet das Ergebnis der Expertenkommission Ende 2015 ab, ob das Land überhaupt in der Pflicht ist. Zu guter Letzt interpretiert Ihr Kollege Habersaat, dass die Schulassistenz ‚on top‘ sei. Vielleicht klären sie das noch auf.

Auch würde ich mich freuen, wenn wir aufklären könnten, warum das Bildungsministerium den einstimmigen Landtagsbeschlussbeschluss zur Drs. 18/1246 ignoriert und den Bericht zur Inklusion an Schulen nicht zu dieser Sitzung vorlegt.

Wenn die Landesregierung nicht fähig und vielleicht auch nicht willens ist, entsprechende Konzepte zu erarbeiten, dann handeln wir eben. Die FDP-Fraktion stellt mit dem heute vorliegenden Antrag ein eigenes Konzept vor, weil wir endlich Lösungen brauchen.

Wir wissen, dass Inklusion eine Herkulesaufgabe ist, die Zeit braucht. Wir brauchen auch Zeit, um die gesellschaftliche Akzeptanz herbeizuführen. Wir alle wissen auch, dass die Umsetzung Kosten für Personal, räumliche und sächliche Ausstattung benötigt. Von daher ist die Einschränkung im Schulgesetz nicht ohne Grund aufgenommen und von ihnen auch beibehalten worden.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass wir differenzierte Lösungen für die unterschiedlichen Arten von Behinderung bzw. Förderung brauchen. Diese Differenzierung liefert unser Konzept: Unter dem Dach einer allgemeinbildenden Schule soll der Unterricht für Schüler mit Förderbedarf ganz oder teilweise auch in speziellen Lerngruppen ermöglicht werden.

Hier liegen wesentliche Potenziale für die Umsetzung des Inklusionsgedankens, die bislang nicht ausreichend genutzt werden.

Die Schaffung eines Netzwerkes von Inklusionsschulen, die vorbildliche Ansätze für Inklusion im Schulbereich umsetzen, ist zu fördern. Sonderpädagogen, die bisher als ‚mobile Ambulanzen‘ von Schule zu Schule fahren, sollen an diesen Schulen fest verankert werden.

Die Inklusionsschulen bilden Lerngruppen für spezielle Förderbedarfe, mit dem Ziel die Schüler gezielt zu fördern und bei Vorliegen der Voraussetzungen in den Regelunterricht überwechseln zu lassen.

Das Ganze ist als fließendes System zu verstehen, so dass auch vorher schon die Möglichkeit einer teilweisen Integration in den Unterricht genutzt werden kann.

Das bestehende Netz der Flex-Klassen für lernschwächere Schüler ist zu erhalten und gegebenenfalls bedarfsgerecht auszubauen, da es sich bewährt hat.

Den dringendsten Handlungsbedarf sehen wir im Ausbau der Schulsozialarbeit. Für Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensstörungen sowie Förderbedarf im Bereich der sozialen und emotionalen Entwicklung sind entsprechende Hilfsstrukturen aufzubauen.

Abschließend bleiben für uns die Förderzentren eine wichtige Säule, da sie entscheidend bei der Unterstützung von Kindern gerade im

Förderbedarf ‚geistige Entwicklung‘ sind. Auch garantieren wir damit eine Wahlmöglichkeit für die Eltern.

Wir brauchen keine langfristige Perspektive, sondern wir brauchen kurz- bis mittelfristige Lösungen. Wir brauchen keine ideologisierten Traumvorstellungen wie Schule sein könnte, die völlig von der Realität entrückt sind. Sondern wir brauchen Lösungen für das Hier und Jetzt, sonst wird unser Schulsystem überlastet.

Lassen Sie uns im Ausschuss die Beratungen zügig fortsetzen, da wir nicht noch mehr Zeit in diesem Bereich verträdeln sollten. Ich würde mir wünschen, dass die Koalition den zeitlichen Druck, den sie bei der Lehrerbildung unnötig macht, stattdessen im Bereich Inklusion machen würde.“